

Olaf Schulz und Nadja Gilbert

## Zivile Konfliktbearbeitung und Gemeinwesenmediation Fragen und Ideen zu einem Zusammenwirken



Olaf Schulz,  
Dipl. Sozialpädagoge,  
Mediator, Systemischer  
Familietherapeut,  
Sprecher der FG Gemein-  
wesenmediation im BM

**Vor gut 10 Jahren gründete sich die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“, um im Gegensatz zur militärischen Ausrichtung Lobbyarbeit zu leisten für Konfliktbearbeitung, die aus der Zivilgesellschaft kommt. Mitglieder der Plattform sind: Kirchen, Friedensdienste, wissenschaftliche Institutionen und auch Einzelpersonen. Während vorwiegend die Konfliktbearbeitung im Ausland im Vordergrund stand und auch noch steht, entwickelt sich seit knapp 3 Jahren ein zweiter Strang, der sich mit der Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland beschäftigt. Seit ebenfalls 10 Jahren ist die Mediationszene um eine Disziplin reicher – der Gemeinwesenmediation. Diese hat mit einer Adaption der angloamerikanischen „Community Mediation“ auf deutsche Verhältnisse angefangen und ist dabei, immer mehr ein eigenes Profil zu entwickeln. Ein zentrales Thema ist hier die Begriffsklärung und Abgrenzung zu anderen Verfahren. Wir gehen der Frage nach, wie diese beiden Gebiete – die Zivile Konfliktbearbeitung im Inland sowie die Gemeinwesenmediation zusammen gehören: Wie ist ihr Verhältnis zueinander? Und was könnte eine Partnerschaft attraktiv machen? Wir möchten das Feld skizzieren, Impulse geben, ein paar „Duffmarken“ setzen und mit allen, die sich für das Thema interessieren, einen Diskussionsprozess starten.**

1/ Vgl. Schulz, 2008, S. 86

2/ ebd.

3/ wie er z. B. von Bush/Folger formuliert wurde. Vgl. Bush/Folger, 1994

4/ Vgl. Breidenbach, 1995, S. 133

5/ wie es z. B. Breidenbach auch anspricht, vgl. ebd. S. 244

### Vom möglichen Verhältnis der Gemeinwesenmediation zur Zivilen Konfliktbearbeitung

Aus ersten Gesprächen mit AkteurInnen der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) entwickelten sich Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden und wie sie gegenseitig nutzbar gemacht werden könnten und z. B. Probleme der Umsetzung von Gemeinwesenmediation (GWM) in der bisherigen Praxis beantworten könnten. Eine wesentliche dieser offenen Fragen der GWM soll hier vorgestellt werden.

Dabei ist es hilfreich, die stetige Wandlung und Entwicklung von GWM in Deutschland seit der Gründung erster Projekte Ende der 90er Jahre zu betrachten. Diese Entwicklung betrifft vor allem die Grundidee und Konzeption von GWM-Projekten: Wesentliche Grundideen, die in einem ersten Diskussionsvorschlag der Fachgruppe GWM des BM 2003<sup>1</sup> formuliert wurden, beziehen sich auf einen weit gefassten GWM-Begriff, der sich nicht nur auf bestimmte Konflikte und die Zielgruppen bezieht, sondern das Programmatische eines zivilgesellschaftlich orientierten Ansatzes von GWM

verdeutlicht. Das Gemeinwesen solle befähigt werden, „Konflikte im Gemeinwesen mit eigenen Ressourcen konstruktiv zu bearbeiten, oder andere Ressourcen ... zu aktivieren oder zu organisieren.“<sup>2</sup> In den GWM-Projekten und der Fachgruppe GWM wurde die gesellschafts- und friedenspolitische Dimension des GWM-Ansatzes diskutiert und vertreten, die sich als „Graswurzelbewegung“ verstehen und mit ihrer Arbeit letztlich auf eine Veränderung struktureller Bedingungen hinwirken möchte. Dem liegt einerseits der Gedanke zu Grunde, dass mit einem transformativen Ansatz von Mediation<sup>3</sup> die persönlichen Kompetenzen und Einstellungen der MediantInnen sich verändern können, die sie dann in anderen Situationen und Kontexten positiv nutzen können. Andererseits liegen in Konflikten im Gemeinwesen auch Impulse und Energien für Veränderungen verborgen, die sich in vielen Fällen auf die strukturellen Bedingungen im System beziehen, wenn eine Mediation dieser Konflikte nicht nur einer „Schönheitsreparatur“ dienen soll. Dieses „Social-Transformation-Projekt der Mediation“, wie Breidenbach<sup>4</sup> es nennt, war lange Zeit der Mittelpunkt des GWM-Verständnisses und prägte die Ausrichtung und Arbeit der Projekte. Im Mittelpunkt steht dabei die „community“-Idee: Aus der Gemeinschaft und ihrem Wertgefüge kommende MediatorInnen sollen die Gemeinschaft stärken und einen neuen Sinn entwickeln helfen, indem sie bei der Konfliktbearbeitung mehr Gewicht auf den Zusammenhang zwischen individuellen Konflikten und der Gemeinschaft legen.

Diese Idee kann kontrovers diskutiert werden ob ihres ggf. pädagogisierenden Impetus oder auch einer Gefahr sozialer Kontrolle<sup>5</sup>. Sie hat eine ganz praktische Relevanz bezüglich der Frage, wie Veränderungsbedarfe, die z. B. in Konflikten symptomatisch deutlich werden, auf struktureller Ebene eine Berücksichtigung erfahren können. Wenn es z. B. Konflikte zwischen Jugendgruppen und Eltern mit kleinen Kindern um die Nutzung eines Spielplatzes im Stadtteil gibt, dann kommt darin oft eine unzureichende Bedarfsorientierung der bestehenden Angebote zum Ausdruck, die nicht allein auf der Ebene der direkt Konfliktbeteiligten gelöst werden kann.

In der Praxis der GWM kann – jedenfalls in den Projekten, die in der Fachgruppe Gemeinwesenmediation (FG GWM) bekannt werden – konstatiert werden, dass es sinnvoll erscheint, solche Konflikte, die die strukturelle Ebene explizit mit betreffen, zu unterscheiden von Konflikten, die sich in einem privaten Rahmen unter NachbarInnen abspielen und bei denen keine öffentliche institutionelle Ebene mit berücksichtigt werden muss. Die meis-

ten in GWM-Projekten mediierten Konflikte betreffen allerdings scheinbar letztere Fallkonstellationen, die der Einfachheit halber als Nachbarschaftskonflikte bezeichnet werden sollen. Inwieweit die Mediation der Nachbarschaftskonflikte Wirkungen im Sinne des formulierten „Social-Transformation-Projekts“ zeitigt, lässt sich mehr erhoffen als feststellen. Die „großen“ Gemeinwesenmedationen, in denen öffentliche Interessen mit berücksichtigt werden müssen und das politisch-administrative System bei einer nachhaltigen Bearbeitung notwendigerweise mitwirken muss, sind eher selten und werden immer wieder einmal veröffentlicht – nennen wir hier Gemeinwesenkonflikte.

Festgestellt werden kann also eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch, den der GWM-Ansatz bisher formuliert hat und der Praxis bzw. der tatsächlichen Wirksamkeit des Ansatzes auf struktureller Ebene.<sup>6</sup> In den letzten zwei bis drei Jahren wird dies in der Fachgruppe auch verstärkt diskutiert in einer Stimmungsbreite von Frustration, Entlastung von nicht realisierbaren Idealen über die Suche nach Lösungen bis zur hoffnungsvollen Chance für Alternativmodelle. Vielleicht ist es hilfreich, sich von der Bottom-up-Veränderungsstrategie zu verabschieden, die die GWM bisher tendenziell verfolgte.

Die GWM-Projekte haben bisher leider nicht die Relevanz in den sozialen Stadtteilentwicklungsprozessen, die sie sich wünschen und wozu sie das Potential hätten. Ein Grund mag in ihrem zivilgesellschaftlichen Selbstverständnis liegen, das ihren Ausgang im Gemeinwesen nimmt und in den seltensten Fällen einen formalen Auftrag oder ein Mandat dazu von politisch-administrativer Seite hat. Konkret bedeutet das, dass bei der Bearbeitung von Gemeinwesenkonflikten folgendes Problem beschrieben werden kann: Es wird mit einem Konflikt (z. B. randalierende Jugendcliquen, Unzufriedenheit über Sauberkeit, Sicherheit, ... im Kiez, etc.) ein Impuls zur Veränderung aufgegriffen, der oft auch von bürgerschaftlichem Engagement getragen wird. Zur nachhaltigen Lösung des Konflikts und gestaltenden Veränderung der Situation (z. B. Angebote mit und für Jugendliche schaffen, mehr Papierkörbe aufstellen und diese öfter leeren lassen, bessere Ausleuchtung des öffentlichen Raums in der Nacht, ...), müssen institutionelle Ebenen wie z. B. Jugendamt, Grünflächenamt, Ordnungsamt, ... eingeschaltet werden, da sie in diesen Regelungsbereichen die Verantwortung haben und eine Mediation, außer einer freiwilligen Selbstbindung, keine verbindliche Wirkung für dieses politisch-administrative System hat. Es kann somit

formal noch nicht einmal von einer Beteiligung dieser relevanten Institutionen an einer GWM gesprochen werden, sondern höchstens davon, dass die BürgerInnen nun ihrerseits an einer Entscheidungsfindung beteiligt werden. Geht man nun davon aus, dass Mediation mit Parteien stattfindet, die gleichberechtigt miteinander verhandeln, dann kann an dieser Stelle in der Praxis nur noch sehr begrenzt davon gesprochen werden. Eher besteht die Gefahr, dass die Betroffenen an der Schwelle zur institutionellen Ebene „entmündigt“ werden und das ursprüngliche partizipative Potential des eigenverantwortlichen Engagements in der konkreten Konfliktbearbeitung abhanden kommt.<sup>7</sup>

Die Mediation solcher Gemeinwesenkonflikte braucht also spezifische Bedingungen und ein Verfahrensdesign, das dem der Mediation im öffentlichen Bereich ähnelt, jedoch mit strukturellen Unterschieden. Im ersten Fall könnte es zugespitzt als Top-down-Prozess und im zweiten Fall als Bottom-up-Prozess beschrieben werden. Der Unterschied liegt in der Frage, wer die Mediation und damit deren Ergebnisse legitimiert und wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Lösungsideen und -ergebnisse von den AkteurInnen des politisch-administrativen Systems bei ihren Entscheidungen berücksichtigt werden. Bisher konnten die GWM-Projekte an dieser Stelle kaum Erfolge nachweisen.<sup>8</sup> Der Legitimationsprozess ihrer Arbeit besteht hauptsächlich im mühsamen Nachweis ihrer Kompetenz bei der täglichen Arbeit, die meist durch Ressourcenknappheit, geringem Status und mangelndem Zugang zu wichtigen Entscheidungsrinnen in Politik und Verwaltung geprägt ist.

An diesem bisher tendenziell frustrierenden Punkt setzt die Idee der Kooperation mit Ansätzen der Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland an. Der Definition der ZKB gemäß würde GWM unter diesen Begriff fallen. ZKB ist stark geprägt vom Einsatz im Ausland, was eine ausgeprägte Strategie, ein entsprechendes Selbstverständnis und die nötigen Kompetenzen mit sich bringt, die Projekte bewusst mit den AkteurInnen in Politik und Verwaltung abzustimmen und deren Mitwirkung, Unterstützung oder Mandat als Voraussetzung für die Projektarbeit zu machen. Sichtbar wird dies z. B. im Rahmen des Projektes „Gewalt vorbeugen – Integration fördern. Kommunale Konfliktberatung in Oranienburg“ des Forum Ziviler Friedensdienst e. V.“ Zu Beginn dieses Projektes, das durch die Mitautorin dieses Artikels geleitet wird, stand die bewusste Verhandlung des Projektauftrags und die anschließende Mandatierung durch die Verantwortlichen der Stadt Ora-

6/ In Schulz 2008 finden sich noch mehr Aspekte wie z. B. der Einsatz ehrenamtlicher MediatorInnen, die in der bisherigen GWM-Definition wesentlich sind, allerdings in der Praxis nur bedingt haltbar erscheinen.

7/ Vgl. ebd. S. 91. Ausführlicher zu den damit verbundenen mediations- und demokratietheoretischen Überlegungen: Schulz, 2004

8/ Wobei hinter der Legitimitätsfrage von Mediation auch ein grundsätzliches demokratietheoretisches Problem besteht das in anderen Mediationsfeldern auch wirkt.



**Nadja Gilbert,**  
Politologin, Mediatorin  
und Ausbilderin BM<sup>®</sup>,  
Sprecherin der FG  
Gemeinwesenmediation,  
Mitglied der AG Zivile  
Konfliktbearbeitung  
im Inland

nienburg. In diesem Gesamtrahmen lässt sich nun ein Projekt entwickeln, das in den Stadtteilen verortet ist und dazu eine Schnittstelle zum politisch-administrativen System und damit zur Strukturverantwortung hat. Ob im Projekt selber diese Schnittstelle verankert sein sollte oder ob diese Funktion eine andere Stelle innehaben sollte, ist ein interessanter Diskussionspunkt. Hier könnte es klare Funktionstrennungen geben, die den verschiedenen Zielrichtungen der Arbeit nützen unter Einbringung der vorhandenen Kompetenzen.

Neben der grundsätzlichen Mandatierung durch die Stadt sind zudem Einzelfall-Mandatierungen notwendig – in Oranienburg verwirklicht durch regelmäßige Abstimmungsgespräche zwischen dem Forum Ziviler Friedensdienst e. V. und der Sozialdezernentin. In diesem Praxisprojekt sieht die Rollenaufteilung modellhaft wie folgt aus: Die ProjektmitarbeiterInnen übernehmen zum einen die Vermittlungsarbeit zwischen allen Beteiligten bzgl. des Konfliktgegenstandes und unterstützen den Bottom-up-Prozess. Auf der anderen Seite fungiert das Projektteam als eine unterstützende Instanz, die die Top-down-Prozesse im politisch-administrativen System begleitet, damit die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass die verantwortlichen Institutionen die Strukturverantwortung für eine nachhaltige Konfliktlösung wahrnehmen.

Denkt man den Kooperationsgedanken zwischen GWM und solchen Projekten wie dem Forum Ziviler Friedensdienst e. V. weiter, könnte ein Modell mit einer hilfreicheren Rollen- und Aufgabenteilung wie folgt beschrieben werden: Ein GWM-Projekt übernimmt in den konkreten Konfliktfällen die Vermittlungsarbeit zwischen den Beteiligten bzgl. des Konfliktgegenstandes und begleitet den Bottom-up-Prozess. Auf der anderen Seite gibt es eine unterstützende Instanz, die die Top-down-Prozesse (für wahrscheinlich mehrere Projekte) im politisch-administrativen System unterstützt. Diese unterstützende Instanz bräuchte einerseits eine Unabhängigkeit vom politisch-administrativen System, andererseits auch ein gut beschriebenes Mandat für ihre Tätigkeit, das ähnlich der Funktion eines Casemanagements formuliert werden könnte. Sie könnte die Prozesse hauptsächlich begleiten und auf die Einhaltung der vereinbarten Verfahren im Sinne einer Prozess- aber auch Ergebnisevaluation achten.

Mit einer solchen bewussten Trennung der Aufgaben und Rollen der beteiligten Fachkräfte könnte die faktische Legitimation und damit auch die Wirksamkeit von konkreten Gemeinwesenmediationen und -projekten verbessert werden und die

Kompetenzen der GWM und die solcher Projekte wie dem Forum Ziviler Friedensdienst e. V., sinnvoll abgestimmt genutzt werden.

*(Für diesen Teil des Beitrags zeichnet Olaf Schulz verantwortlich.)*

#### **Herausforderung nach Allparteilichkeit in Projekten der ZKB und GWM**

Im vorherigen Teil hat Olaf Schulz beschrieben, welche Grundannahmen in der Zivilen Konfliktarbeit sowie in der Gemeinwesenmediation zur gegenseitigen Befruchtung beitragen können. Dieser Gedanke soll an dieser Stelle an einem Aspekt weitergeführt werden – der Allparteilichkeit.

Zum einen sollen die Herausforderungen beschrieben werden, zum anderen die Wechselwirkungen, bzw. wie sich beide Professionen in diesem Punkt befruchten können.

Die Allparteilichkeit ist sowohl in der GWM als auch in den ersten Projekten, die sich innerhalb der Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland verorten, eines der wichtigsten Prinzipien. Innerhalb der Mediation speist sich diese aus der nicht wertenden Haltung gegenüber den Konfliktparteien und der Voraussetzung, keine eigenen Interessen mit dem zu bearbeitenden Konflikt zu hegen. Innerhalb der ZKB entsteht die allparteiliche Haltung eher aus dem Ansatz, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, quasi einen Impuls in das System zu geben, um Veränderungsprozesse zu initiieren. Damit man sich nicht die Möglichkeit der Impulssetzung verwehrt, müssen alle im System gleichberechtigt behandelt werden. In der Projektpraxis für beide Fälle zeigt sich, dass genau diese beiden Punkte eine große Herausforderung darstellen.

#### **Allparteilichkeit in Projekten der ZKB**

Projekte der ZKB und auch der GWM erstrecken sich über einen längeren Zeitraum. In der Regel kann man von mindestens 12 Monaten bei Gemeinwesenprojekten ausgehen, ein ZKB-Projekt, gerade wenn es Modellcharakter hat, kann sich durchaus auf 3 Jahre belaufen.

Eine Leitidee bei ZKB Projekten ist, von außen in einen Sozialraum zu kommen und aus der Vogelperspektive eine Situationsanalyse zu machen, diese auszuwerten und entsprechende Schritte in Richtung eines gewaltpräventiven Handlungskonzeptes einzuleiten. Diese Herangehensweise knüpft sowohl an die vorher beschriebene Top-down-Idee als auch den Bottom-Up-Ansatz an. Um an Informationen zu

gelingen, werden viele Personen aus ganz unterschiedlichen Zusammenhängen angesprochen: MitarbeiterInnen von Verwaltung und Lokalpolitik, Träger und Institutionen, wie Schulen, Kitas, Verbände, Vereine, MigrantInnenorganisationen sowie engagierte Einzelpersonen und AnwohnerInnen. Sie alle üben unterschiedliche Funktionen aus und haben dementsprechend einen unterschiedlichen Wirkungsgrad. Ihnen allen muss allparteilich begegnet werden. Ein weiterer Auftrag solcher Projekte ist die Vernetzung von Institutionen und die damit verbundene Kontaktpflege. Eine der Herausforderung ist in der Dauer der Projekte in Verbindung mit der Allparteilichkeit zu sehen. Eine Mediation ist zeitlich begrenzt. Die Parteien kommen zu den Gesprächen und ansonsten gibt es keine Verbindungen, die Auswirkungen auf die Allparteilichkeit haben könnten. Außerdem ist die Rolle der MediatorInnen klar – der Dialog bewegt sich auf Augenhöhe. In der Projektarbeit sind diese Dialoge nicht immer auf Augenhöhe. Gerade Schlüsselpersonen begegnet man immer wieder und das auch meist noch mit unterschiedlichen Aufträgen.

Ein Beispiel:

*In einer Verwaltung gibt es einen Beauftragten für Gemeinwesenarbeit, der in direkter Hierarchie zum Bürgermeister steht. Die ProjektmitarbeiterInnen haben verschiedene Anliegen. Sie überbringen Informationen von Trägern im Stadtteil, sie versuchen Ideen schmackhaft zu machen, die sowohl von Institutionen vor Ort als auch aus dem Projekt kommen können, sie suchen Unterstützung für Ideen und Personen und bieten Unterstützung (z. B. Moderation von Bürgerveranstaltungen) an.*

Diese unterschiedlichen Dimensionen zeigen, wie das Wechselspiel im Diskurs zwischen den AkteurInnen in einem Sozialraum wie den ProjektmitarbeiterInnen geschieht. Die Interessenlagen sind auf beiden Seiten vielfältig und verwoben. Und je länger ein Projekt vor Ort ist, umso mehr wird es Teil des Systems.

#### **Allparteilichkeit in Projekten der GWM**

Auch die GWM hat Projektcharakter. Dennoch ist ihr Auftrag fokussierter hinsichtlich der Interessenlage. Zum einen sollen InteressentInnen für eine Ausbildung gefunden werden, zum anderen sollen besagte Schlüsselpersonen davon überzeugt werden, Konfliktvermittlungsstellen aufzubauen und zu unterstützen. An diesem Punkt zeigt sich, dass Gemeinwesenmediation ein „Vehikel“ im großen Reigen der Zivilen Konfliktbearbeitung ist,

diese aber nicht ersetzen kann. Dennoch unterscheidet sich GWM von anderen Mediationsdisziplinen durch seine Längerfristigkeit und durch den Anspruch, durch die Menschen im Sozialraum transformativ wirksam zu sein. Je mehr Menschen „infiziert“ sind, umso eher lässt sich eine neue Konfliktkultur aufbauen.

Allparteilichkeit bekommt also vor allem seinen Raum in der Ausbildung der Teilnehmenden der Mediationsschulung. Hier werden die zukünftigen MediatorInnen mit dieser Haltung vertraut gemacht.

#### **Wo beide Disziplinen voneinander lernen können Von der nötigen Distanz**

MediatorInnen lernen sich innerlich von den Fällen zu distanzieren, damit sie einen guten Rahmen setzen können und letztlich natürlich allparteilich sind. Dies ist eine Qualität, die sie den ProjektmitarbeiterInnen der ZKB mitgeben können. Es geht darum, immer einen Blick auch von außen wahren zu können, um die nötige Distanz zu halten und sich nicht zu sehr verstricken zu lassen.

#### **Mit den Interessen der Gegenseite verhandeln**

Beiden Ansätzen ist gemeinsam, dass sie dialogische Prozesse unterstützen, initiieren und auch ausgesetzt sind. Daher ist es von großer Bedeutung, diese Prozesse immer als eine Art Verhandlung zu sehen. So kann die ZKB von der GWM lernen, sich immer wieder die Interessenlage ihrer VerhandlungspartnerInnen zu vergegenwärtigen, um diese adäquat zu berücksichtigen und damit das Gemeinwohl zu unterstützen.

#### **Alle AnsprechpartnerInnen sind wichtig**

Für die GWM ist die Erkenntnis wichtig, von dem Bottom-up-Ansatz abzurücken, bzw. zu erweitern. Dieser impliziert nämlich u. a., als „Bittstellerin“ zu den Funktionsträgern zu kommen, um ihre Arbeit zu unterstützen. Daher ist der erweiterte Blick auf die Gegenseite, des Top-down-Ansatzes für sie wichtig. Dieser führt zu einem größeren Überblick.

#### **Der etwas andere Überblick**

Für MitarbeiterInnen der Gemeinwesenmediation kann es hilfreich sein zu erkennen, dass ihre Arbeit ein Ansatz innerhalb der Zivilen Konfliktbearbeitung ist. Sie erweitern ihren Blick damit und können sich von der hohen Erwartung lösen, transformativ an einer konstruktiven Konfliktkultur zu arbeiten. Nicht, dass dieser Anspruch verkehrt ist, aber er ist bis jetzt nicht überprüfbar und löst einen hohen Erfolgsdruck aus.



Gerhard Großmann  
(forum/ZFD Oranienburg)  
mit Spätaussiedlern beim  
jährlichen Frühjahrsputz  
Foto: meinhardt/André Madaus



**Ballspielen verboten.  
Plattenbauten in der  
Oranienburger „Mittelstadt“.**  
Foto: forumZFD

#### **Abschlussgedanke**

Wie eingangs bemerkt, sind die Themen, Zielsetzungen und Paradigmen dieser beiden Disziplinen als Prozess zu betrachten, der jetzt erst begonnen hat.

Es gibt wichtige Impulse in diesen Bereichen und die Auslotung des Verhältnisses von Ziviler Konfliktbearbeitung und Gemeinwesenmediation ist ein positiver Schritt in Richtung konstruktiver Umgang miteinander. Das Projekt in Oranienburg „Gewalt vorbeugen – Gemeinschaft schaffen. Kommunale Konfliktbearbeitung in Oranienburg“ – Ein Projekt des Forum Ziviler Friedensdienst e. V. könnte an dieser Stelle Modellcharakter bekommen. Siehe dazu auch: [http://www.forumzfd.de/fileadmin/PDF/Afghanistan/Projektskizzen2007\\_ZFDID\\_OB.pdf](http://www.forumzfd.de/fileadmin/PDF/Afghanistan/Projektskizzen2007_ZFDID_OB.pdf)

*(Für diesen Teil des Beitrags zeichnet Nadja Gilbert verantwortlich.)*

#### **Literatur**

**Schulz, Olaf:** Ein klärender Spaziergang im Land der Begriffe zwischen Gemeinwesen-, Stadtteil- und Nachbarschaftsdefinition. In: **Götz, Monika/Schäfer, Christa D. (Hrsg.):** *Mediation im Gemeinwesen*, Baltmannsweiler 2008.

**Baruch Bush, Robert A./Folger, Joseph P.:** *The promise of mediation: responding to conflict through empowerment and recognition*. San Francisco 1994.

**Breidenbach, Stephan:** *Mediation. Struktur, Chancen und Risiken von Vermittlung im Konflikt*. Köln, 1995.

**Schulz, Olaf:** *Gemeinwesenmediation als Methode partizipativer Gemeinwesenarbeit. Gestaltungsmöglichkeiten an der Schnittstelle zwischen privater und öffentlicher Konfliktregelung*. Norderstedt 2004.

#### **Begriffsdefinitionen**

In der Landschaft der Konfliktbearbeitung tauchen einige Begriffe auf, die sich aus unterschiedlichen Blickrichtungen dem Thema nähern. Um eine Unterscheidung zu ermöglichen, sollen hier ein paar Aspekte herausgegriffen werden:

#### **Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)**

*In der Zivilen Konfliktbearbeitung werden bewusst nicht-militärische Mittel eingesetzt, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden, bzw. Nachsorge zu betreiben. „Dabei sollen die Konfliktparteien aktiv in die Suche nach angemessenen Lösungen einbezogen werden“. Grundorientierung sind die Menschenrechte mit ihren jeweiligen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Frieden. Daher sind Friedensschaffung und -sicherung zentrale Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung.*

#### **Ziviler Friedensdienst (ZFD)**

*Ziviler Friedensdienst ist eine besondere Art von Friedensarbeit. Lebens- und berufserfahrene Männer und Frauen arbeiten in Regionen und Kommunen, um dort auf Wunsch lokaler PartnerInnen zur Überwindung von Feindschaft beizutragen und friedensfördernde Strukturen aufzubauen. Um dies leisten zu können, werden Friedensfachkräfte speziell in Methoden der Konfliktbearbeitung ausgebildet. Ziel des Zivilen Friedensdienstes ist es, sowohl Gewalt vermeidend als auch Gewalt mindernd, auf Konflikte einzuwirken. Die Kooperationsbereitschaft von Menschen soll erhöht und sie sollen ermutigt werden, in Konfliktsituationen gewaltfrei für ihre Rechte und die Rechte anderer einzutreten. Bei diesem Prozess stehen die Fachkräfte den Menschen beratend zur Seite. Projekte des Zivilen Friedensdienstes werden durch die Organisation des Konsortium ZFD in über 40 Ländern der Welt durchgeführt und im Wesentlichen durch die Bundesregierung finanziert. (vgl. [www.forumZFD.de](http://www.forumZFD.de))*

#### **Gemeinwesenmediation (GWM)**

*Das Verständnis von GWM kann in zwei Richtungen beschrieben werden. Einerseits als prozesshafter Ansatz, der von einem GWM-Projekt umgesetzt wird und neben der konkreten Konfliktbearbeitung noch andere und darüber hinausgehende*

Ziele hat. Dies wird im Definitionsvorschlag der FG GWM des BM aus dem Juni 2003 deutlich: „GWM bezieht sich immer auf ein räumlich begrenztes soziales Gefüge, mit einer eigenen Identität, z. B. ein Quartier, eine Gemeinde bzw. ein Stadtteil. Der Begriff der GWM steht für einen Prozess, der in verschiedenen Phasen ablaufen kann, nämlich:

- › Initiierung (Aktivierung) eines Potentials des Gemeinwesens etwa durch Bildungsangebote
- › Formung einer Struktur für die Gewährleistung eines dauerhaften Mediationsangebotes für das Gemeinwesen (z. B. Einrichtung einer Mediationsstelle oder Bildung eines Netzwerkes)

Der Prozess der GWM zielt auf die Befähigung des Gemeinwesens ab, Konflikte im Gemeinwesen mit eigenen Ressourcen konstruktiv zu bearbeiten, oder andere Ressourcen, die zur konstruktiven Konfliktbearbeitung erforderlich sind, zu aktivieren oder zu organisieren.“

Des Weiteren kann GWM, am Konfliktgegenstand, der Zielgruppe und dem Kontext orientiert, in Abgrenzung von Nachbarschaftsmediation beschrieben werden. Demnach kann von GWM gesprochen werden, wenn durch den behandelten Konfliktgegenstand, der institutionelle Kontext des politisch-administrativen Systems berührt wird. Die explizite Berücksichtigung der meso- und makrosozialen Ebenen außerhalb privater Konflikte zwischen NachbarInnen (mikrosoziale Ebene) bei Gemeinwesenmediation kennzeichnet also den Unterschied zum in der Praxis verwendeten Begriff der „Nachbarschaftsmediation“.

Nachbarschaftsmediation ist somit ein Teilbereich der Programmatik der Gemeinwesenmediation im weiteren Sinne, beschränkt sich als Begriff jedoch auf Konflikte im privaten Bereich zwischen Nachbarschaften. Bei der Konfliktbearbeitung werden hauptsächlich der personale und der thematische Kontext berücksichtigt. Der institutionelle Kontext spielt nur insofern eine Rolle, als er den Rahmen bildet, innerhalb dessen Personen (und Gruppen) versuchen, ihre Konflikte zu bearbeiten. (vgl. Schulz 2008, 2004)

#### Quartiersmanagement (QM)

In sogenannten „Sozial belasteten Stadtteilen“ wurden Ende der 1990er Jahre die ersten Quartiersmanagements errichtet. Kriterien der Auswahl der Quartiere sind u. a. ein hoher Anteil an MigrantInnen, ein hoher Anteil an AnwohnerInnen, die Transferleistungen erhalten oder auch Jugendgangs und eine hohe Kriminalitätsrate. Diese komplexe Problemlage lässt sich – so die Annahme – nur mit einem integrativen Ansatz lösen.

Ziel ist es, verschiedene im Quartier agierende AkteurInnen zusammenzuführen sowie eine Integration der unterschiedlichen Aspekte von Wirtschaftsförderung, sozialer Befähigung und baulicher Stadtteilentwicklung. Eine weitere Aufgabe des Quartiersmanagement ist die Befähigung der AnwohnerInnen, sich aktiv für ihr Quartier zu engagieren. Durch Hilfe zur Selbsthilfe soll die Eigenverantwortung langfristig gestärkt und aufgebaut werden, um selbsttragende Bewohnerorganisationen zu schaffen.

#### KONTAKT

Olaf Schulz,  
olaf.schulz@systemisches-  
institut-potsdam.de

Nadja Gilbert,  
Nadja.Gilbert@web.de